

38. Jahrgang

Der katholische Weltbund

schäft werden, wird man es doch bedauern müssen, daß nicht alle Nationen gleichberechtigt sind. Der Völkerverbund wäre eben die Plattform, von der aus wir die Wahrheit verbreiten und das Recht verlangen könnten. Vielleicht bietet der katholische Weltbund einen kleinen Erfolg. Hier werden unsere Vertreter darauf hinarbeiten, wie schwierig die Lage Deutschlands geworden ist. Wie wollen die Katholiken die katholische Wissenschaft pflegen, wenn das wissenschaftliche Leben durch den inneren und äußeren Druck vollständig zusammenbricht? Wie sollen wir die Werke der Caritas leben, wenn uns nur Arminen gelassen werden? Das Ausland kennt unsere Not nicht. Man weiß dort nicht, daß unsere Kinder der Fieberfieber und Unterernährung anheimfallen, wie es an allem fehlt, was die körperliche und damit die sittliche Bewahrungsförderung verhindern kann. Angehörige dessen haben die deutschen Katholiken die Pf. M. das Gewissen der Welt wahrzurufen. Ihre Forderungen werden nicht lauten Ohren begegnen, wenn die Katholiken der anderen Länder im Geiste der christlichen Liebe handeln.

* Amsterdam, 30. Nov. Aus Schloß Doorn wird mitgeteilt: Die Kaiserin verbrachte eine ruhige Nacht. Ihr Befinden ist nach wie vor sehr ernst. Heute vormittag ist Oberhofprediger H. v. Brander aus Berlin eingetroffen, um der Kaiserin das Abendmahl zu reichen. Die Ankunft des Kronprinzen wird erwartet.

Nach einer Mitteilung von heute früh aus Sans Doorn ist das Befinden der deutschen Kaiserin Augusta Vittoria völlig hoffnungslos.

o Berlin, 30. Nov. Nach mehrstündiger Sitzung der Landesversammlung, in der es zu unerwarteten Zunahmen kam, wurde die preussische Verfassungsvorlage schließlich in namentlicher Abstimmung mit 280 gegen 61 Stimmen angenommen. Die sieben deutschhannoverschen Abgeordneten enthielten sich bei der Abstimmung. Sie erklärten, sie blieben aus Desinteresse, wollten sich aber am preussischen Verfassungsgesetze nicht mehr beteiligen. Die Deutsche Volkspartei gab eine Erklärung ab, worin sie unter Wahrung ihres Standpunktes die Erwartung ausdrückt, daß sich auf Grundlage dieser Verfassung die gemeinsame Arbeit im Interesse des Vaterlandes ermöglichen werde, und daß sie aus diesem Grunde ihre Besenden zurückstelle und für die Verfassung stimme. Die Annahme der Verfassung wurde von der Linken mit lebhaften Beifallsrufen aufgenommen.

* Berlin, 1. Dez. Daß ein neuer Nachtragsgesetz in Höhe von 10 Milliarden im Reichsfinanzministerium vorbereitet wird, wurde bereits gemeldet. Wie jetzt die „Post, Ztg.“ erzählt, wird der Kredit nur zu einem Teil zum Ankauf von Lebensmitteln verwendet werden. Das die Düngemittel betrifft, so soll ein Teil vom Ausland gekauft werden, zum Teil sollen die Inlandpreise durch die teilweise Uebernahme der Kosten durch das Reich für die Landwirtschaft verbilligt werden.

Berlin, 30. Nov. Die von den amerikanischen Quäkern gemeinschaftlich mit den deutschen Centralauskunft für Auslandshilfe im unbesetzten Deutschland eingeführte Aiderspeisung wurde, wie die A. Z. erzählt, jetzt auch in den unbesetzten Gebieten, wo das Elend unter den Kindern ebenso groß ist, eingeleitet. Nachdem die Vertreter Belgiens und Frankreichs die von der Abbeilandskommission an sie herangetragene Anregung der Quäker freundlich aufgenommen hatten, wurde mit der Speisung begonnen. In den von den Franzosen, Amerikanern und Belgiern besetzten Gebieten unterliegt die Verteilung der amerikanischen Quäker, im englischen Besatzungsgebiet wird sie von den englischen Quäkern eingeführt. Im letzten Sommer speisten die Quäker, wie dem genannten Blatt mitgeteilt wird, in ganz Deutschland vor den Schulkferien 40,000 Kinder und Mütter täglich. Nach einer vorübergehenden Senkung dieser Ziffer beschloßen sie, am 6. November die Zahl der Speisungen auf 50,000 zu erhöhen. Mit Hilfe der in Amerika aufzubringenden Gelder hoffen die Quäker, die Speisungen in dieser Höhe über den jetzt in Aussicht stehenden Endtermin, im Februar, bis zum Frühjahr fortsetzen zu können.

Meing. 30. Nov. Die Markt schwächte sich heute weiter ab. Im Sirich sank sie um 0,45 auf 8,00, in Stodholm um 15 auf 7,50, in Paris um einen halben Franken im Beginn (25%), erholte sich aber bis zum Schluss auf 23%. Die ausländischen Zahlungsmittel wurden in Berlin 1000 zu 1000, Amsterdam um 18 auf 2155, London um 4 Punkte auf 240, Newyork um 2 auf 7075, Paris um 4% auf 425% und Schwetz um 1 Punkt auf 1102.

o Berlin, 10. Nov. Herr v. Hafftenhahn,
essen beleidigende Aeußerungen gegen die Vater-
landsliche und Treue der Rheinländer den
Besand einer Internation der Wba. Feim-

born bilden, ist, wie der „Berliner Volksanzeiger“ zu berichten weiß, von seinem Amte in dem
dient worden.

* Paris, 10. Nov. Ein Zinfirn- und Mostan vom 27. November meldet: In der Gegend von Rour dauert die Verfolgung der Trümmer der Armee des Generals Balachowitsch an. Nach einer vorläufigen Zählung machten wir in Verfolg unserer Operationen gegen General Balachowitsch 3000 Gefangene, darunter 1800 Offiziere, und erbeuteten 4 Kanonen und 40 Maschinengewehre.

Der russische Protest

* **Venden, 30. Nov.** Die letzten Telegramme aus Wiga belegen, daß die Verhandlungen zwischen Polen und der russischen Regierung keineswegs einen guten Fortgang nehmen. Die Sowjetregierung habe eine neue Note an die polnische Regierung gerichtet, in der sie Polen Bruch des Waffenstillstandes vorwirft. Dies wird als ein Verschleppungsmanöver angesehen.

Einfluss der Kriegsvorbereitungen

• **Kopenhagen, 10. Nov.** Nach einem Telegramm aus Warschau berichten dort aus Aufstand eingetroffenen Augenzeugen, daß an der polnischen Front umfangreiche russische Truppenzusammenschüelungen stattfinden. Die Truppen werden in aller Stille in Eisenbahnhöfen befindlich an die polnische Front geschickt. Alle Stationen unterwegs sind abgesperrt, während diezüge die Stationen passieren, um zu verhindern, daß Privatpersonen einen Einblick in die militärischen Maßnahmen ergöben.

König Konstantin

Athen, 24. Nov. Der griechische Kreuzer „Averoff“, der sich in Konstantinopel befand, hat Befehl erhalten, nach dem Vorrück zurückzukehren und sich dort bereit zu halten, um nach Verdrick zu fahren und König Konstantin nach der Volksbestimmung nach Griechenland zurückzubringen. Der Kreuzer „Averoff“ wird von sämtlichen anderen Schiffen der griechischen Flotte begleitet.

Eiderich

Berlin, 1. Dez. Der Polizeipräsident teilt mit:
 einem Gegenstand zu den kommunistischen Kampf-
 organisationen, die vor einiger Zeit das außer-
 ordentliche Gericht für den Bezirk des Reichswehr-
 ruppenkommandos I beschäftigt haben, kam die Berner
 Polizei auf die Spur. Auf Grund eingehender
 Ermittlungen und zahlreicher Hausdurchsuchungen gelang es der Abteilung IA des Polizei-
 präsidiums, Beweise zu erhalten, daß die frühere
 leitende freiwilligen Organisation 1908
 der formellen Auflösung im Geheimen fortlebte.
 Als Hauptführer kommt der Hauptmann A. D.
 Hubert Pöhlmann in Betracht, der die einzelnen
 Kompanien des ehemaligen Leitendenfreiwilligenkorps

Berlin, 30. Nov. Vor der Weiterberatung des Entwurfs der Reichswehr wurde heute im Hauptsaal des Reichstages zunächst der Entwurf eines Gesetzes über die Ernährung der von den kriegswichtigen und kriegswichtigen Beamten in den besetzten Gebieten gezahlten Wirtschaftsbeträgen beraten. Der Gesetzesentwurf ist bereits auf Antrag Breuners vom Oktober im Juni 1920 beschloffen worden, obwohl die Vertreter der Reichsregierung in den Verhandlungen gegen den Entwurf ausgesprochen waren. Im August 1920 hat dann auch die Reichsregierung beschloffen, der Gesetzesvorlage nicht zuzustimmen und sie beim Reichstag unter Vertagung ihres abweichenden Standpunktes einzubringen.

Ministerialdirektor v. Schlieben (Reichs-
aminiſterium) begründet die Stellungnahme
Reichsregierung zu dem Geſuchswort. Als
den Wintermonaten Januar bis März 1920 in
beſetzten Gebieten des Reichs eine beſon-
dere Teuerung einſetzte, wurden von einzel-
nen Städten sowie von der bayeriſchen Regierung
die beſetzten Teile des Rheinlands und der
als beſondere Zulagen und Beihilfen feſtgeſetzt,
den Beamten und Angeſtellten einen Zu-
ſchlag zu gewähren. Im Hinblick hierauf wurden
Reichsbeamten und die im Reichsdienst ſtehen-
den Angeſtellten der beſetzten Gebiete des Reichs
der Reichsregierung um Gewährung gleicher
Beihilfen oder Zulagen vorſchlag. Eine ins be-
ſetzte Gebiet einſandte Kommiſſion, an der
der Vertreter des preußiſchen Finanzmini-
ſters teilgenommen hat, ſtellte die Teuerungsw-
hältniſſe an Ort und Stelle feſt und kam hierbei
dem Ergebnis, daß den Beamten, Angeſtellten
und Arbeiter eine beſondere Beihilfe in
gemeiſſenen Grenzen zu gewähren
da von den von Preußen vorgeschlagenen wirt-
ſchaftlichen Maßnahmen, wenn ſie überhaupt zu
einem praktiſchen Ergebnis geführt hätten, eine ſolche
Bürdung nicht zu erwarten ſei. Inſolge-
de wurden den Wirtschaftsbeweiſen von 150, 120 und
80 monatlich für Verheiratete und 80 v. H.
für Söhne für Unverheiratete gewährt. Daneben
wurden noch Kinderzulagen gewährt. Nach
ſicht der Reichsregierung ſi es ausſchließlich
grunde der beteiligten Länder Preußen, Bayern,
und, Baden, Oldenburg und der im beſetzten
Teil liegenden Gemeinden, für ihre Beamten,
Angeſtellten und Arbeiter zu ſorgen und ihre Be-
züge zu regeln. Bei Einführung der Bezugs-
zulage beſtand auch keinerlei Anlaß zu der An-
nahme, daß dieſer Grundſatz durchbrochen werden
würde. Nun aber ſtellt ſich Preußen an den Stand-
punkt, daß das Reich für alle Folgen des
Friedensvertrags aufzukommen habe,
ſelbſt ſich dabei auf einen Kabinettsbeſchluß vom
August 1919. Demgegenüber vertritt die
Reichsregierung die Anſicht, daß dieſer Kabinetts-
beſchluß keinen beſtimmten Rechtsgrundſatz auf-
ſtellt und daß die Folgen erkaſſen wolle, die ſich
aus dem Friedensvertrag ſelbſt
ergeben. Die mitteilbaren Folgen des Friedens-
vertrags, zu denen die ſogenannte Befriedigungszu-

ments & unter verschiedenen Decknamen wie Sportverein, Schützenklub, Stammtisch, Literarischer Verein u. s. w. in ein sogenanntes Rotwehregiment aufgenommen. Eine Verletzung dieses Realments, etwa in Form militärischer Uebungen, ist nicht gestattet, ebensowenig ergab sich ein Hinweis darauf, daß das Regiment oder seine Angehörigen irgendwelche Waffen besitzen. U. euzog sich der polizeilichen Vernehmung durch Flucht. Abhandlungsmassnahmen sind im Gange. Zusammenhängend mit den vorgenannten Ermittlungen bekam die Polizei Kenntnis von einer jüngst ins Leben getretenen Geheim-Organisation. Bei den erwiderten Nachforschungen fielen der Polizei die Zusammenkünfte des am 1. Sept. gegründeten Berliner Heimatsverbandes in die Hände, der hiesigenorts gewissermaßen korporatives Mitglied der Organisation Eichenst. ist. In den Unterzeichnern gehören der genannte Postleumann, außerdem eine Reihe anderer ehemaliger Offiziere mit teilweise sehr bekannten Namen. — Die Mitglieder des Rotwehregiments des Berliner Heimatsverbandes werden sich demnächst vor dem Strafgericht, d. h. dem zuständigen Gericht beim Reichswehrtruppenkommando I zu verantworten haben und zwar wegen Teilnahme an Verbrechen militärischer bzw. politischer Art, die durch ein Verbot des Reichspräsidenten vom 30. Mai unter Strafe gestellt ist.

Die Papierflut

2 Berlin, 1. Dez. Der Reichsanwalt des Reichsgerichtes zur Vorbereitung der Steuerfragen befragte den Geheimrath über die künftige Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsanlage vom Vermögensumsatze. Reichsanwaltlicher Rath sprach sich über die Vorschläge des Geheimraths aus. Wesentlich die Zeitung der Reichsanwalt habe zur Wahrung stehen. Die der Papiersteuer zu halten. Zwei Wege seien dazu geeignet, entweder die Aufnahme einer Zinsanleihe oder die schnellere Erhebung des Notopfers und des Vermögensumsatze. Die Regierung habe den letzteren Weg gewählt und habe sich unbedingt für verpflichtet, entsprechend den § 1 des Geheimraths vorzugehen.

Bilderrang

Parik, 1. Dez. Die Polizei verhaftete gestern in einem kleinen Hotel zwei Deutsche, die eine große Anzahl Gemälde zum Verkauf anboten. Es handelt sich um Kunstwerke allerersten Ranges. Die kommen aus Deutschland und waren reichmännlich.

Eine Tänzerin als Zowjet-Symbol

Geftingens, 30. Nov. Nach einer ruffischen Meldung wurde die letzte gegenrevolutionäre Versammlung in Moskau durch eine Tänzerin verurtheilt, die in die Versammlung einmischte war. Die Tänzerin wurde später erschossen. Von den nachfolgend an der Versammlung beteiligten Personen wurden 30 erschossen.

lunge gerechnet werde, seien durch den Rabinetti-

man nicht drohen. Eine andere Andeutung des Beschlusses würde zu in ihrer Tragweite unbeschreiblichen Folgerungen führen, die eine unvorstellbare Belastung der Reichsbeamten im Gefolge hätten. Diermald müsse die Reichsregierung gegen eine Zustimmung in dem Geschenkwurf aufsprechen.

Staatssekretär Dr. Wäcker (preussisches Finanzministerium) versichert, daß Preußen selbstverständlich seinen Antheil an den Wirtschaftsbörsen tragen müsse; aber es sei unmöglich, daß reuhen alles trage. Er schlage vor, daß das sich 50 v. H. der Wirtschaftsbörsen zahlen solle. Der Bevollmächtigte von Hessen, Treibich von Biegeleben, weist darauf hin, daß Hessen, dessen oberste Stelle nur 40 v. H. besetzt seien, nicht in der Lage wäre, die Vermögenszulage zu zahlen, wenn das Reich nicht mindestens den größeren Theil trage.

Der bayerische Bevollmächtigte zum Reichs-
Ministerlat Freiherr von Juchacz, macht
sichs darunt aufmerksam, daß es doch außer-
ordentlich unheimlich wäre, wenn ein Land, das das
Vergnügen habe, ganz oder theilweis bestet zu sein
und durch die Besetzung wirtschaftlich und seelisch
zu leiden, nun auch noch diese Kosten tragen solle.
Es doch zweifellos Folgen des Krieges und des
Vollständlichen seien.

Dr. Vachnide (Dem.) weist darauf hin, daß sich um große Summen handle, also um sehr verantwortungsvolle Entschlüsse. Ein Ausgleich müsse gefunden werden. — Demgegenüber wird im Antrag Schulz-Bromberg gestellt, der Reichsregierung auffordert, 1. für sofortige Zugahlung rückständiger Versicherungsanlagen an die von den früheren Beschlüssen berechtigten Voten und Vorkämpfer Sorge zu tragen, 2. die Kosten hierfür zu 80 v. H. auf das Reich zu übernehmen, alle Teile der besetzten Gebiete hier gleichmäßig zu vertheilen. — Dementistreichend äußerten auch das Centrum und die Mehrheitsdemokraten, daß das Reich acht Zehntel und Länder zwei Zehntel der Vermögensbeiträge zu zahlen hätten. — Der luzifischen erkrankten Versicherungsminister Dr. Birli wendet sich einseitig hiergegen. Der Hauptanlass dazu möge es überlegen, einen so schwerwiegenden Entschluß, die Reichsfinanzverwaltung auf lange Zeit in den besten Falle festlegen, zu fassen. — Dr. Vachnide (Dem.) bittet, einen Mittelweg ins Auge zu fassen und erklärt sich bereit, seinen Vorschlag hinsichtlich der Vertheilung bei der Zahlung der Vermögensbeiträge dahin zu ändern, daß das Reich ein Drittel, die Hälfte zahlen solle.

hierauf wird der von den Sozialdemokraten zum Centrum unterstellte Antrag angenommen, wonach das Reich 80 v. H. der Zirkulationseinfällen zu tragen hat. Ausserdem wird dem demagogischen Antrag gemäß beschlossen, dass die Vermögensvergrößerung die Auszahlung danksamer Befehlensanfragen vornehmen und bei alle Teile der besetzten Gebiete gleichmäßig andeln möge.

Kreditbedarf und Industrie

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Dem Reichstag wird eine Novelle zugehen über die alsbaldige Bezahlung eines Teiles des Reichsnotopfers. Das hat der Finanzminister angekündigt. Der Grund für diese Ankündigung liegt darin, daß die Einnahmen des Reiches noch in keinem Verhältnis stehen zu seinen Ausgaben. Das aber bedeutet, daß die Masse der Geldgüter in sehr hartem Maße weiter vermindert werden muß. Andererseits erhebt man die Forderung, die Notenpresse solle stillgelegt werden. Das ist aber absolut unmöglich, wenn nicht große Mehreinnahmen für das Reich geschaffen werden. Auch eine bloße Verringerung der Notenausgabe ist nur möglich, wenn die Einnahmen des Reiches in erheblichem Maße vermehrt werden. Es lag nun die Frage vor, ob sofort eine Ertragsanleihe oder die Erhebung eines Teiles des Reichsnotopfers gewählt werden sollte. Das Kabinett hat sich für die letzte Maßnahme entschieden.

Nun wird bereits in einzelnen Blättern behauptet, auch die Zahlung eines Teiles des Reichsnotopfers sei unmöglich. Es wird das damit begründet, daß die Industrie einen großen Kapitalbedarf habe. Dieser Kapitalbedarf soll nicht abgelegt werden. Er hängt zusammen mit dem Anstieg der Inlandspreise an die Weltmarktpreise und der damit gesteigerten Werte des Umsatzes. Dadurch wird das Betriebskapital in die Höhe getrieben. Diesen Anstieg der Inlandspreise an die Weltmarktpreise aber hat die Industrie ja selbst mit allen Mitteln angestrebt. Jetzt zeigt sich auch die Keckheit dieser Entwicklung. Andererseits aber muß mit Recht darauf hingewiesen werden, daß ein sehr großer Teil der Industrie im letzten Jahre Gewinne gemacht hat, die weit höher sind als die Summe, welche jetzt an Reichsnotopfer von ihr verlangt wird.

Wenn Gothein in einem Artikel des 8. Uhr-Abendblattes den Kapitalbedarf der Industrie dadurch beweisen will, daß er hinweist auf die großen Kapitalerhöhungen, muß demgegenüber doch gesagt werden, daß diese Kapitalerhöhungen ein doppeltes Gesicht haben. Sie können bekanntermaßen auch erfolgen, um die prozentualen Gewinne niedrig erscheinen zu lassen und um einen Teil der Gewinne an die Aktienhaber auf diese Weise abzuführen. So werden vielfach Aktien zu einem sehr niedrigen Kurs den Aktionären angeboten, während der Kurs der Aktien oft das Doppelte und noch mehr beträgt. Das bedeutet dann einen Ertragsverlust für die Aktionäre in Höhe des Nominalkapitals. Ein paar Beispiele für viele sollen hier angeführt werden. So hat das Eisenhüttenwerk Thale A.-G. den Bezugskurs für neue Aktien auf 100 gesetzt, während der Börsenkurs der Aktien auf 1800 liegt. Die Spritfabrik A.-G. (Kochhaus) hat den Bezugskurs auf 110 festgesetzt, der Börsenkurs liegt auf etwa 1800. Die chemische Fabrik von Döbeln zeigt einen Bezugskurs von 135, während der Börsenkurs auf 600 liegt. Beispiele dieser Art ließen sich noch eine Reihe anführen. Gerade daraus ergibt sich aber, daß nicht so sehr der Kapitalbedarf der betreffenden Werke zu der Vermehrung des Aktienkapitals geführt hat, sondern daß man den Aktionären besondere Gewinne auf diese Weise zuführen wollte. Auch bei Fusionen kann man ähnliche Tatsachen feststellen. Würde nur der Kapitalbedarf für die Vermehrung des Aktienkapitals ausschlaggebend sein, so würden diese Gesellschaften doch selbstverständlich die neuen Aktien zu einem Kurse verkaufen, den sie in der Börse bekommen könnten. Sie brauchen dann nur einen Bruchteil des tatsächlich ausgebenen Nominalkapitals aufzuliegen und hätten die gewünschten Summen herein.

Daß im Gegenteil zu der Annahme, die bei der Beratung des Reichsnotopfergesetzes ausschlaggebend war und zu der Zahlungsmöglichkeit in 30 Jahren Veranlassung gegeben hat, die Geldlosigkeit bei einem großen Teile der Industrie die sofortige Zahlung eines Teiles des Reichsnotopfers möglich macht, zeigen auch die Dividenden-ausschüttungen der letzten Zeit. Zahlreiche große Werke haben Dividenden von 30, 40, 50 und mehr Prozent verteilt. So hat die Concordia, chemische Fabrik, 75 Proz. gegen 8 Proz. im Jahre 1919 verteilt, die Deutschen Kalwerke 25 Proz. gegen 7 Proz., die Strumpfwarenfabrik Max Segeff 45 Proz. gegen 12 Proz. usw. Es zeigt sich also, daß diese Werke sehr wohl inkassieren, den Forderungen des neuen Gesetzes nachzukommen. Auch in der übrigen Industrie sind die Gewinne des Jahres 1920 mit Ausnahme einiger Zweige derart, daß die Zahlung des Notopfers keine lebenswichtige Kapitalentziehung bedeutet.

In der Landwirtschaft, die einen sehr großen Teil der Steuerpflichtigen überhaupt stellt, ist die Geldlosigkeit eine landbekannte Tatsache. Mittelstand und Kleinbauernum sind aber beim Notopfergesetz so glimpflich behandelt worden, daß zahlreiche Angehörige dieser Ständegruppen überhaupt keine Notopfer oder nur einen geringen Betrag zu zahlen haben werden. Jedenfalls ist es unangebracht und innerlich widersprüchlich, wenn man auf der einen Seite verlangt, der Reichsfinanzminister solle die Notopfer stilllegen, auf der anderen Seite aber bei dem geringsten Versuch, entsprechend höhere Geldsummen herauszubekommen, die Behauptung aufstellt, es sei Kapitalnot vorhanden. Auch darf man nicht vergessen, daß eine Verabminderung der umlaufenden Papiergeldmasse im Interesse unseres Wirtschaftslbens gelegen ist. Gelder wird sie durch die neue Forderung, daß ein Teil des Reichsnotopfers in verhältnismäßig kurzer Zeit gezahlt werden soll, nicht so stark vermindert, wie es wünschenswert wäre, aber auch die jetzt erfolgende Verminderung ist vom geld- und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nur zu begrüßen.

„Bodenlee“ und „Nordstern“

* Berlin, 30. Nov. Der Hinweis in der deutschen Rote Zeit, den Schaden für die zerstörten sieben Luftschiffe lauter wie folgt: In dem Protokoll, das der deutsche Reichstag mit der Rote vom 1. November überhand wurde und das gleichzeitig mit dem ersten Protokoll über die Dimerlegung der Ratifikationsurkunde zum Friedensvertrag am 10. Januar unterzeichnet wurde, wird eine Reihe vermeintlicher Verträge Deutschlands gegen die verschiedenen Völkerrechtsabkommen, u. a. auch betr. die Ausfuhr von Vorkriegsmaterial, aufgeführt und dann bemerkt: Endlich vermögen die alliierten und assoziierten Regierungen nicht die übrigen Verpflichtungen gegen das Völkerrecht, das dieselben wie die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow, die Zerstörung des Unterseebootes UG 9 bei Perrot und die Zerstörung verschiedener Unterseeboote in der Nordsee angeklagt zu lassen. Deutschland verpflichtet sich insoweit (hier folgt die Aufzählung einer Reihe von Leistungen, die Deutschland auferlegt werden). Aus dem vorstehend angeführten Vortext ergibt sich, daß es bei den Vereinbarungen vom 10. Januar sich um eine Art Generalabnahme handelte, wodurch alle Ansprüche, die auf Grund der verschiedenen Völkerrechtsabkommen etwa noch zu erheben wären, erledigt werden sollten. Die Richtigkeit dieser Auslegung wird durch die oben erwähnte Begleitnote vom 1. November bestätigt. Dort heißt es: Die alliierten und assoziierten Regierungen haben beschlossen, den Vertrag nicht in Kraft treten zu lassen, bevor die Ausfuhr der von Deutschland durch das Völkerrechtsabkommen und die Zusatzverträge übernommenen und noch nicht erfüllten Verpflichtungen geregelt sind. Die deutsche Regierung wird daher gebeten, den zur Unterzeichnung des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunde ermächtigten deutschen Vertretern unbeschränkte Vollmacht zur Unterzeichnung des Protokolls zu erteilen, welche in Abdruck beilegt und welche ohne weitere Aufschübe diese Regelung vorsieht.

Die Ablieferung von Brotgetreide

* Berlin, 30. Nov. Auf Einladung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft fand heute im Reichstag eine Besprechung statt mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen, einschließlich der Arbeiterorganisationen und Landwirtschaftskammern und mit zahlreichen Abgeordneten, in der die künftige Veranlassung des Inlandsgetreides eingehend erörtert wurde. Die Besprechung wurde mit einer Rede des Ernährungsministers Dr. Diermeier eingeleitet, in der er von der schlechten Ablieferung von Brotgetreide im Inlande ausging. Diese Rückführung, so erklärte der Minister, lassen sich nicht nur aus dem schlechten Ausfall der Ernte erklären, vielmehr fällt ein Teil der Schuld auch auf die landwirtschaftlichen Betriebe selbst, die sich von der Krankheit unserer Zeit, dem schrankenlosen Streben nach Gewinn, haben ergreifen lassen und sich ihrer Verpflichtung zur vollständigen Getreideablieferung zu entziehen begannen. Der Minister legte im einzelnen dar, daß diese Entwicklung nicht weitergehen könne und letzten Endes zu einem Zusammenbruch der Finanzwirtschaft des gesamten Reiches führen müsse. Daher müsse unbedingt eine Milderung eintreten. Die Landwirtschaft selbst müßte erkennen, daß die Not des Reiches letzten Endes auch ihre eigene Not werden müßte. Der Präsident der Reichsgetreidekasse erklärte an Hand reichlicher Zahlenmaterials die Verhältnisse. An die Darlegungen schloß sich eine eingehende sachliche Erörterung.

Die Grundsteuer

* Berlin, 30. Nov. Der Grundsteuergesetzentwurf für Preußen war in den letzten Tagen Gegenstand eingehender Besprechungen zwischen sämtlichen Parteien der Landesversammlung mit dem Finanzminister Lüdemann. Der Minister vertrat, wie wir hören, das Gesetz mit allen Mitteln durchzuführen, war für einmal gerettet, denn er schämte sich vor seiner Mutter mehr, als vor der ganzen übrigen Welt.

Während einiger Monate fand sie keine Ursache, neue Begegnisse zu begeben, bis eines Tages, als ein blühendes junges Mädchen sich einfindet, um den Dienst bei ihr nachzukommen, tritt daselbst unverwandelt betrauert und endlich auf es zu, und alles andere vergessend, ihm die Wangen freilegte. Er erschrak sogleich selbst darüber und ging hinaus; die Mutter erschrak auch und das Mädchen wurde rot und zornig und wandte sich ohne weitere Antwort zum Gehen. Als Frau Amrain dies sah, hielt sie es für gut und nahm es mit einiger Lieberbedingung in ihren Dienst. Nun muß es liegen oder brechen, dachte sie und fühlte gleichzeitig, daß auf dem bisherigen, bloß vermeintlichen Wege dies Blut sich nicht länger weihen ließe. Sie näherte sich deshalb noch am selben Tage ihrem Sohne, als er mit seinem Beispelbrot sich unter eine schattige Rebenlaube gesetzt hatte hinter dem Hause, von wo man zum Teil hinaus in die Ferne sah nach blauen Höhenrücken, wo andere Leute wohnten. Die letzte ihren Arm um seine Schultern, sah ihm freudig in die Augen und sagte: „Lieber Fritz! Sei mir sehr nur noch zwei oder drei Jahren brav und gehoramt, und ich will dir das schönste und beste Brautchen verschaffen aus meinem Ort, daß du dir was darauf einbilden kannst!“

Fritz schlug errötend die Augen nieder, wurde ganz verlegen und erwiderte mürrisch: „Der faul denn, daß ich eine Frau haben wollte?“ „Du sollst aber eine haben!“ versetzte sie, „und wie ich sage, eine von guter und schöner Art; aber nur wenn du sie verdienst; denn ich werde mich hüten, eine rechtshafte Tochter hierher ins Haus zu bringen.“ Damit fühlte sie ihren Sohn, wie sie seit unendlicher Zeit nicht getan, und ging ins Haus.

Es ward ihm aber auf einmal ganz seltsam zu Rute und von Stund an waren seine Gedanken auf eine solche gute und schöne Frau gerichtet, und diese Gedanken schmeichelten ihm so sehr und beschäftigten ihn so anhaltend, daß er darüber seine Frauensperson in Seidwäse mehr anfaß. Die Zurückhaltung, mit welcher die Mutter ihm solche Ideen beigebracht, gab seinen Wünschen eine innigere und edlere Richtung, und er fühlte sich wohlgeborgen, da man es mit ihm so gut meine. Er wartete aber die zwei Jahre und die Anhalten seiner Mutter nicht ab, sondern ging schon in der

find jedoch bei den bürgerlichen Parteien keinerlei Gegenliebe, so daß anzunehmen ist, daß das Gesetz schon gleich bei der ersten Lesung abgelehnt wird. Ob der Finanzminister dann das Gesetz zurückzieht oder ob dem Gesetz erst in der Kommission ein endgültiges Begräbnis besetzt wird, steht noch dahin.

Einführung einer Familienversicherung

* Berlin, 30. Nov. In zuständiger Stelle schweben erneut Verhandlungen über die Einführung einer Familienversicherung. Eine Petition um Einführung einer derartigen Versicherung ist von dem ausländischen Reichstagsausschuß der Regierung überwiegen worden.

Aus aller Welt

Ärztliches

* Brüssel, 29. Nov. Der Schwiegersohn des Grafen Montalembert, der General Graf Francois de Brunne, früher Botschaftsattaché Adna Leopolds II., ist als Benediktiner in das Kloster Marciennes eingetreten.

* Mainz, 30. Nov. Die Stadt beabsichtigt eine Steuer auf Wein zu erheben. Die soll 4 Prozent des der Weinsteuerversteuer zugrunde liegenden Wertes des Weines betragen. Der Verband rheinischer Weinhandlender hat dagegen Einspruch erhoben.

* Danau, 1. Dez. In der zum Nachteil des Landgrafen von Hessen begangenen Diebstahlaffäre wurde nach dreitägiger Verhandlung gestern das Urteil gesprochen. Zwei wegen Diebstahls angeklagte Kaufleute, ein Schlossdiener und ein Mechaniker von Danau, erhielten insgesamt 7 Jahre 2 Monate Gefängnis. Wegen der Frankfurter Angelegenheiten (einen Laboranten, einen Kaufmann, einen Kofferwirt und einen Kaufmann) wurde auf 3 Jahre und 2 Monate Gefängnis erkannt.

* Viefelnd (Hunsrück), 1. Dez. Ein festerer Fall hat sich hier ereignet. In einem Saufgasse hatten sich neun Frauen gefunden, die dann sämtlich durch herbeigerufene Schützen erlegt wurden.

* Boppard, 30. Nov. Auf die ausgedehnte Bürgermeisterei gingen 81 Verwerbungen ein.

* Krefeld, 29. Nov. Der „Generalanzeiger für Krefeld“ schreibt: Nachstehendes Anschreiben erhielt der Betriebsrat der Konsum- und Produktiv-Gesellschaft Niederheim an seine Angestellten und Arbeiter: „Beschluss der Betriebsratsversammlung vom 29. September. Sämtliche im Betrieb beschäftigten, über 18 Jahre alten Personen müssen einer sozialdemokratischen Partei als Mitglied angehören. Bürgerkontrolle am 1. November. Wer es mit seinem Innern nicht vereinbaren kann, einer sozialdemokratischen Partei anzugehören, soll sein Tätigkeitsfeld in andere Betriebe verlegen. Mit Rücksicht: Der Betriebsrat. J. A. Schlierenlamp, Obmann.“ Dieser Betriebsrat, der gegen die Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes verstoßt, liefert ein bezeichnendes Beispiel für den Terror und den Wille der Gewerkschaftsvereine, der sich in gewissen Schichten der Arbeiterklasse um so stärker entwickelt hat, je mehr sie von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ reden.

* Berlin, 30. Nov. In der Preussischen Landesversammlung unterwarf Minister Siegelwald ein erregendes Bild von dem gesundheitlichen Zustand unseres Volkes. Er sagte u. a.: Der Gesundheitszustand der schulpflichtigen Jugend ist sehr unbefriedigend. Nach einer in einer Berliner Gewerkschaftsaufnahme aufgenommenen Statistik waren von 650 Kindern 181 ohne Schuhe, 17 ohne Mantel, 305 ohne Hemd (Hörst, Hörst!), 378 hatten zu Hause keinen geeigneten Raum, 341 zu Hause keinen Tropfen Milch; 118 waren tuberkulös, 48 hatten geistige Leiden, 50 fanden mit ihrem Körpergewicht bis zu 10 Kilogramm unter dem Durchschnitt, in 100 Fällen konnten die Eltern die rationierten Lebensmittel nicht kaufen, an Entbehrungen starben in einem Jahre 65 Kinder. (Anbauern der allgemeinen Bewegung.) Als oberster Gesundheitsbeamter in Preußen habe ich das Auswärtige Amt auf diese Zustände aufmerksam gemacht.

* Berlin, 30. Nov. In der Preussisch-Schlesischen Reichsversammlung fiel der Hauptgewinn von 300.000 Mark auf Los Nr. 1046.

* Berlin, 30. Nov. (Freie Bahn dem Tüchtigen!) Die Fachzeitschrift „Volkliche Rundschau“ teilt mit: Der Kraftwagenbegleiter des früheren Finanzministers Erbsberger ist ohne jede Prüfung zum Finanzinspektor ernannt worden.

* München, 29. Nov. Im Stadtrat wies man auf einen früheren Antrag hin, in den Krankenhäusern das Ordenspersonal durch weltliches Personal zu ersetzen. Dabei wurde erhoben, daß im Krankenhaus Schwabing das Ordenspersonal derzeit 32.000 M. kostet, während man bei der

Einstellung von weltlichem Personal 510.000 M. im Jahre ausgeben müßte.

* München, 30. Nov. Die Pilsenerbrauerei kann ihr hundertjähriges Jubiläum feiern. Das Pilsenerbräu-Vier eroberte sich im Laufe der Jahre den Export und ging in Friedenszeiten in die ganze Welt; selbst in Afrika, China und Indien wurde das Pilsener-Vier getrunken.

Aus der Provinz

i. Aus dem Landkreis Wiesbaden, 30. Nov. In den letzten Wochen wurden in unserem Kreise zwei neue selbständige katholische Pfarren errichtet: Viersbachtal und Dohheim. Die Errichtung einer dritten Pfarre ist aus dem nahen Zellheim zu melden. Den Stiftungsurkunden entnehmen wir folgendes: 1. Viersbachtal: „Für die Katholiken zu Viersbachtal, Erbenheim, Jagst und Koppenheim wird eine neue katholische Pfarre zu Viersbachtal errichtet. Dabei scheiden die Katholiken zu Viersbachtal, Jagst und Koppenheim aus der Pfarre Sonnenberg und die Katholiken zu Erbenheim aus der St. Bonifatiuskirche zu Wiesbaden aus und werden Angehörige der Pfarre Viersbachtal. Der Gottesdienst in Erbenheim wird wie bisher bis auf weiteres durch einen Geistlichen der St. Bonifatiuspfarrgemeinde zu Wiesbaden gehalten werden. Die Grenzen der Pfarre Viersbachtal decken sich mit den Grenzen der bürgerlichen Gemeinden Viersbachtal, Erbenheim, Jagst und Koppenheim. Die Pfarrgemeinde Sonnenberg überträgt der Pfarrgemeinde Viersbachtal die im Jahre 1901 aus Mitteln des Bonifatiusvereins an Kirchen- und Pfarrhausausbau erworbenen Grundstücke mit den aufstehenden Gebäuden unentgeltlich an Eigentum. Die St. Bonifatiuspfarrgemeinde zu Wiesbaden wird die bei Errichtung der Kapellengemeinde Viersbachtal dieser gegenüber übernommene Verpflichtung auf 10 Jahre eine jährliche Beihilfe von 200 M. zu zahlen, erfüllen.“ 2. Dohheim: „Für die Katholiken zu Dohheim wird eine neue katholische Pfarre zu Dohheim errichtet. Dabei scheiden die Katholiken zu Dohheim aus der Pfarre Frauenheim aus und werden Angehörige der Pfarre Dohheim. Die Grenzen der Pfarre Dohheim decken sich mit den Grenzen der bürgerlichen Gemeinde Dohheim. Der Pfarre Viersbachtal zu Dohheim werden die Rechte einer Pfarrkirche verliehen. Die Pfarrgemeinde Frauenheim überträgt der Pfarrkirche zum hl. Joseph in Dohheim das mit Hilfe des Bonifatiusvereins und anderer Wohltäter erworbene Grundstück mit den aufstehenden Gebäuden unentgeltlich an Eigentum. Weitergehende Ansprüche auf das Vermögen der Kirche und Pfarre zu Frauenheim werden bei katholischen Kirche und Pfarre zu Dohheim nicht anerkannt. Die Pfarre Frauenheim wird Dohheim die Pfarre zum hl. Joseph in Dohheim.“ Die Angehörigen der Pfarren Viersbachtal und Dohheim haben für die Unterhaltung und Instandhaltung der kirchlichen Gebäude und deren erforderlichen Neubau sowie für die Kosten des Gottesdienstes selbst aufzukommen. Diese Verordnungen tritt für Dohheim mit dem 1. Dezember und für Viersbachtal mit dem 1. Nov. in Kraft treten.

* Balleisen, 1. Dez. Am Sonntagabend fand hier im Rönneischen Saal eine gut besuchte Versammlung des Volksvereins statt, welche unter Leitung von Pfarre Viersbachtal einen anregenden Verlauf nahm; ein hiesiger Gesangsverein verleierte die Feier durch gut gemischte Vorträge. In einleitender Rede sprach Pfarre Viersbachtal über: „Arbeite und Caritas in der modernen Zeit“. Seine Ausführungen fanden gelaunzte Aufmerksamkeit und reichen Beifall. Im Schluß der Veranstaltung wurde auch hier, wie bereits an anderen Orten, ein Caritas-Ausschuß begründet.

* Krümm (Kr. Weisburg), 1. Dez. Zu einer erregenden Versammlung waren am Sonntag in Krümm des Volksvereins in Krümm erschienen. Nach einem freundlichen Willkommen durch Pfarre Viersbachtal verleierte sich Pfarre Viersbachtal über: „Arbeite und Caritas in der modernen Zeit“. Seine Ausführungen fanden gelaunzte Aufmerksamkeit und reichen Beifall. Im Schluß der Veranstaltung wurde auch hier, wie bereits an anderen Orten, ein Caritas-Ausschuß begründet.

* Vom Rande, 30. Nov. In einem Dorfe in der Nähe von Limburg konnte man in den letzten

Fran Regel Amrain und ihre Jüngster

Erzählung von Gottfried Keller.

5)

Erst jetzt merkte er, daß die Sache nicht richtig sei; tief errötend machte er sich fort, und als er über die Straße eilte und das rauchende Kleid ihm so ungewohnt gegen die Nase schlug, während der Nachtwächter ihm verdächtig nachsah, merkte er erst recht, daß das eine ungeeignete Tracht wäre für einen jungen Republikaner, in der man niemandem ins Gesicht sehen dürfte. Als er aber, zu Hause angekommen, sich häutig umkleidete, fiel es ihm ein, daß nun die Mutter allein unter dem Volke auf dem Rathaus sitze, und dieser Gedanke machte ihn plötzlich und sonderbarer Weise so zornig und deplorat um die Ehre, daß er sich bekleide, nur wieder hinzukommen und sie abzuholen. Auch glaubte er ihr einen rechten Ritterdienst damit zu erweisen, daß er so pünktlich wieder erschiene, und alle etwaigen Unbehindern dadurch aufs schärfste auszugleichen. Frau Amrain aber empfahl sich der Gesellschaft und ging ernst und schweigsam neben ihrem Sohne nach Hause. Dort setzte sie sich feuchend auf ihren gewohnten Sessel und schmeckte eine Weile; dann aber fand sie auf, ergriß das dahingeliegende Staatskleid und zerriß es in Stücke, indem sie sagte: „Das kann ich nun wegwerfen, denn tragen werde ich es nie mehr!“

„Warum denn?“ sagte Fritz erstaunt und wieder kleinlaut. „Wie werde ich“, erwiderte sie, „ein Kleid ferner tragen, in welchem mein Sohn unter leiblichen Weibern gelebt hat, selber einem gleich?“ Und sie brach in Tränen aus und ließ ihn zu Bett gehen. „Dob“, sagte er, als er ging, „das wird denn doch nicht so gefährlich sein.“ Er konnte aber nicht einschlafen, da sein Kopf sowohl von der unterbrochenen Lustbarkeit als von den Worten der Mutter auferregt war; es gab also Murren, über die Sache nachzudenken, und er fand, daß die Mutter einermäher recht habe, aber er fand dies nur insofern, als er selbst die Leute verachtete, mit denen er sich eben verknüpft hatte. Auch fühlte er sich durch die Auslegung eher geschmeichelt in seinem Stolz, und er, als die Mutter am Morgen und die folgenden Tage ernst und traurig blieb, kam er dem Grunde der Sache näher. Es wurde sein Wort mehr darüber gesprochen; aber Fritz

war für einmal gerettet, denn er schämte sich vor seiner Mutter mehr, als vor der ganzen übrigen Welt.

Während einiger Monate fand sie keine Ursache, neue Begegnisse zu begeben, bis eines Tages, als ein blühendes junges Mädchen sich einfindet, um den Dienst bei ihr nachzukommen, tritt daselbst unverwandelt betrauert und endlich auf es zu, und alles andere vergessend, ihm die Wangen freilegte. Er erschrak sogleich selbst darüber und ging hinaus; die Mutter erschrak auch und das Mädchen wurde rot und zornig und wandte sich ohne weitere Antwort zum Gehen. Als Frau Amrain dies sah, hielt sie es für gut und nahm es mit einiger Lieberbedingung in ihren Dienst. Nun muß es liegen oder brechen, dachte sie und fühlte gleichzeitig, daß auf dem bisherigen, bloß vermeintlichen Wege dies Blut sich nicht länger weihen ließe. Sie näherte sich deshalb noch am selben Tage ihrem Sohne, als er mit seinem Beispelbrot sich unter eine schattige Rebenlaube gesetzt hatte hinter dem Hause, von wo man zum Teil hinaus in die Ferne sah nach blauen Höhenrücken, wo andere Leute wohnten. Die letzte ihren Arm um seine Schultern, sah ihm freudig in die Augen und sagte: „Lieber Fritz! Sei mir sehr nur noch zwei oder drei Jahren brav und gehoramt, und ich will dir das schönste und beste Brautchen verschaffen aus meinem Ort, daß du dir was darauf einbilden kannst!“

Fritz schlug errötend die Augen nieder, wurde ganz verlegen und erwiderte mürrisch: „Der faul denn, daß ich eine Frau haben wollte?“ „Du sollst aber eine haben!“ versetzte sie, „und wie ich sage, eine von guter und schöner Art; aber nur wenn du sie verdienst; denn ich werde mich hüten, eine rechtshafte Tochter hierher ins Haus zu bringen.“ Damit fühlte sie ihren Sohn, wie sie seit unendlicher Zeit nicht getan, und ging ins Haus.

Es ward ihm aber auf einmal ganz seltsam zu Rute und von Stund an waren seine Gedanken auf eine solche gute und schöne Frau gerichtet, und diese Gedanken schmeichelten ihm so sehr und beschäftigten ihn so anhaltend, daß er darüber seine Frauensperson in Seidwäse mehr anfaß. Die Zurückhaltung, mit welcher die Mutter ihm solche Ideen beigebracht, gab seinen Wünschen eine innigere und edlere Richtung, und er fühlte sich wohlgeborgen, da man es mit ihm so gut meine. Er wartete aber die zwei Jahre und die Anhalten seiner Mutter nicht ab, sondern ging schon in der

nächsten Zeit an, an schönen Sonntagen ins Land hinaus zu gehen und insbesondere in der Heimat der Mutter herumzuwandern. Er war bis jetzt noch einmal dort gewesen und wurde von den Verwandten und Freunden seiner Mutter umso freundlicher aufgenommen, als sie großes Wohlgefallen an dem hübschen Jüngling fanden und er zudem eine Art Wertwürdigkeit war als ein wohlgeratener, feiner und nicht prahlender Selbster. Er machte sich ordentlich heimlich in seinen Gedanken, was seine Mutter wohl merkte und gesehen ließe, aber sie ahnte nicht, daß er, ehe sie es vermutete, schon in besser Form einen Schatz hatte, der ihm allen von der Mutter ihm gemachten Vorlesungen vollkommen zu entsprechen schien. Als sie davon erfuhr, machte sie sich dahinter her, voll Verwunderung, wer es sein möchte, und fand zu ihrer großen Verwunderung, daß er nun gänzlich auf einem guten Wege sei; denn sie mußte den Geschmack und das Urteil des Sohnes nur loben und ebenso dessen ungetriebene Treue und Fröhslichkeit, mit welcher er dem erwähnten Mädchen anhielt, so daß sie sich aller weiten Sucht und aller Ehen endlich entziehen sah.

Diese Rippe war unterdessen kaum glänzend umschiff, als sich eine andere zeigte, welche noch gefährlicher zu werden drohte, und der Frau Regula abermals Gelegenheit gab, ihre Klugheit zu erproben. Denn die Zeit war nun da, wo Fritz, der Sohn anfang zu politisieren und damit mehr als durch alles andere in die Gemeinschaft seiner Mitbürger gezogen wurde. Er war ein liberaler Geist, wegen seiner Jugend, seines Verstandes, seines ruhigen Gemüths in Hinsicht seiner persönlichen Pflichterfüllung und aus annerktem Mütterlichkeit. Obgleich man nach gewöhnlicher oberflächlicher Anschauungsweise eine hätte meinen können, Frau Amrain wäre aristokratischer Gesinnung gewesen, weil sie die meisten Leute verachtete, mühte, unter denen sie lebte, so war dem doch nicht also; denn höher und feiner als die Verachtung ist die Achtung vor der Welt im ganzen. Der freisinnigste, traut sich und der Welt etwas Gutes zu und weiß mannschaft von nichts anderem, als daß man hierfür einzustehen vermöge, während der Unfreiheit oder der Konformismus auf Jagdflaue und Weidlichkeit ausgerichtet ist. Diese lassen sich aber schwer mit wahrer Männlichkeit vereinigen. Vor tausend Jahren benannte die Welt, da nur derjenige für einen vollkommenen Helden und Rittermann galt, der zugleich ein frommer Christ

war; denn im Christentum lag damals die Menschlichkeit und Aufrichtigkeit. Heute kann man sagen: sei einer so tapfer und resolut, als er wollte, wenn er nicht vermag freisinnig zu sein, so ist er kein ganzer Mann. Und die Frau Regula hatte, nachdem sie sich einmal an ihrem Ehemann so geübt, so strenge Regeln in ihrem Gemisch betrieß der Mannesugend angenommen, als daß sie eine freie und sichere Freisinnigkeit daran vermischen wollte. Uebrigens, als ihr Mann um sie geworden, hatte er in allem ihr eines jugendlichen Modells nachgeahmt, welchen er freilich mehr in der Handhabte, wie ein Lehrling die erste Arbeit

Nachsehen von diesen Gemüthsgründen war sie aus einem Orte gebürtig, wo sehr unentwickelten Zeiten jedermann freisinnig gewesen und der im Laufe der Zeit bei jeder Gelegenheit sich als ein entsetzliches, taufstüßiges, und als gleichbleibendes Bürgerrecht hervorgehen, so daß wenn es hieß: die von So und So haben dies gesagt oder jenes getan! sie gleich einen ganzen Haufen sich mitnahmen und einen kräftigen Haufen gaben. Wenn also Frau Amrain in den Jagen, so ihre Meinung über einen Streit festzusetzen, so hörte sie nicht auf das, was die Selbster, sondern auf das, was die Leute ihrer Jugendzeit sagten, und richtete ihre Gedanken dorthin.

Alles das waren Gründe genug für Fritz, ein guter Liberaler zu sein, ohne absonderliche Stützen gemacht zu haben. Was nun die nächste Sache anbelangte, welche da wo das Wort und die politischen Handlungen frei sind und die Leute sich das selber selbst machen, für einen politischen Anhänger entfiel, nämlich die Gefahr, ein Wahlsieger zu werden, so war dieselbe in so fern, als er sich allerdings noch größer, als an einem Schweigertoren, welche mit der ganzen Welt schalteten, an der gemüthlichen ohnständigen Ruhe, das Wohlthun in breiter halbräumender Ruhe an den Quellen des Geistes oder bei irgend einem Genuß zu verhandeln und immer wieder zu verhandeln. Und doch sollte das nicht so sein; denn ein gutes Glas in fröhlicher Ruhe zu trinken, ein gutes Glas, ein Lohr oder eine Frucht, und wenn man das in einem tiefen Sinne nimmt, das haben politischen Rechte bloß ein Mittel, dazu zu gelangen (Fortsetzung folgt)

Sobald ein Mensch in Jora gerät, gerät er in Irrtum.

— Sterbefälle. Am 26. Nov.: Gartenanfleher a. T.
Friedrich Rogge, 67 J.; Ehefrau Karoline Seimann,
geb. Hill, 62 J.; Kind Erta Sima, 2 Monate.
Anwalde Heinrich Raus, 73 J.; Berkmießer Wilhelm
Ehinger, 64 J.; Gärtner Franz Wom, 65 J.
Am 27. Nov.: Gepächträger Philipp Caspar, 52 J.
— Wittve Henriette Reumann, geb. Reichardt, 65 J.
Kaplan a. T. Hans Klappenbach, 40 J.; Frau
Bertha, ohne Beruf, 15 J.; Gastwirt Heinrich
Müller, 32 J. Am 28. Nov.: Lehrer a. T. Wilhelm
Caspar, 69 J.; Fabrikarbeiterin Lina Thoma,
19 J.; Schülerin Luise Sties, 12 J. Am 29. Nov.:

Die Kinderreichen

—

20

mit vorteilhaften Angeboten in allen Abteilungen.

Damen-Moden J. Hertz Langgasse 20

Ich mit und aller Raum und die Welt.
 Ich sehe euer Leben um mich streiten,
 Mit allem Värm und allen Seltsamkeiten,
 Und will doch segnend meine Hände breiten
 Auf alles Leben, das mein Vogen singt . . .

*) Von Walter Hammer, dem schnell bekannt
 gewordenen Wiesbadener Porzellan- und
 Gedichtband „Als ich mich verlor . . .“ ab-
 getheilt

